

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
VII / 2000

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1999
- MUSICA PRO PACE 1999
- BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:

*Friedlicher Wandel
im Osten Europas?*

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Krisenherd Balkan – Krieg zum Frieden?

Podiumsdiskussion in der Aula der Universität
am 12. Mai 1999

Hans Koschnick

Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung

Dr. Peter Lock

Friedens- und Konfliktforscher, Hamburg

Andreas Zumach

Journalist und Publizist, Genf

Prof. Dr. Reinhold Mokrosch

Universität Osnabrück (Gesprächsleitung)

Reinhold Mokrosch: Heute ist der fünfzigste Tag, an dem die NATO die Bundesrepublik Jugoslawien bombardiert. Das erklärte Kriegsziel, Vertreibungen, Massenhinrichtungen und Völkermord zu verhindern, ist nicht erreicht worden. *Rudolf Augstein* sagt: Es sei verfehlt worden. Er scheint recht zu haben: das Kosovo ist, ein schreckliches Wort, fast »albanerfrei«. Dem UNO-Flüchtlingshilfswerk zufolge sind 750.000 Menschen vertrieben worden. 100.000 junge wehrpflichtige Männer sind im Kosovo spurlos verschwunden, wie eine englische Zeitung behauptet. 100.000 weiteren, so die französische Presse, droht der Hungertod; 60.000 bis 160.000 irren seit Wochen in den Kosovo-Wäldern umher. Der Diktator, so scheint es, hat sein Ziel erreicht.

Fünfzig Tage Bombardierung haben aber in Restjugoslawien mehr zerstört, so vergleicht Augstein, als sechs Jahre Zweiter Weltkrieg. Die jugoslawische Industrie ist auf den Stand von vor 1945 zurückbombardiert worden. Streckenweise ist Jugoslawien wieder ein vorindustrielles Agrarland. Petrochemie, Energiewirtschaft, Düngemittelwerke, Autoindustrie, Raffinerien, Tanklager, Fernsehstationen, Ministerien und Militäranlagen sind vernichtet worden. Solche Destabilisierung könnte auf unabsehbare Zeit zum Herd eines neuen Nationalismus und Terrorismus werden.

Wir Bürgerinnen und Bürger im Nordwesten Europas, zwei Flugstunden vom Kosovo entfernt, fragen, was wir tun können, und geraten in Widersprüche. Sollen wir mehr Flüchtlinge aufnehmen? Würde es nicht Osnabrück und Münster, den beiden Städten des Westfälischen Friedens, gut anstehen, eine Vorreiterrolle zu übernehmen? Oder unterstützen wir mit solcher Geste möglicherweise die jugoslawische Regierungspolitik, alle Albaner weit von ihrer Heimat zu vertreiben? Wir fragen, ob wir nicht Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfe leisten müssen, anstatt ein Wirtschaftsembargo zu verhängen?

Oder fördern wir damit den serbischen und den albanischen Nationalismus? Schließlich fragen wir uns, ob wir für einen Bombenstopp eintreten sollen, in der Hoffnung, dass dadurch effektive politische Verhandlungen möglich werden. Oder arbeiten wir damit dem serbischen Vormarsch in die Hände? Wir geraten in Widersprüche, sind uns uneins und zerrissen.

Die Fragen, die sich heute stellen, gelten der Flüchtlingspolitik angesichts anhaltender Vertreibungen und Völkermord: Ist ein multi-ethnisches Zusammenleben überhaupt jemals wieder denkbar? Ferner gelten sie der Zukunft Südosteuropas – wird es der EU angehören? – und der zukünftigen Rolle von UNO, NATO, OSZE, UNHCR und EU in Südosteuropa: Welche Staaten werden bzw. sollen der NATO angehören, welche der EU? Schließlich steht die Rolle Deutschlands in Frage: Werden weiter *out of area*-Einsätze gefordert? Und zum künftigen Völkerrecht: Müssen wir das Völkerrecht verändern, fortschreiben? Außerdem gelten die Fragen dieser Tage der besonderen Rolle der Medien in diesem Konflikt. – Sehr geehrter Herr Koschnick, darf ich Sie zunächst Sie bitten, diese Fragen zu beantworten?

Hans Koschnick: Das Thema heißt: *Krisenherd Balkan – Krieg zum Frieden?* Das erfordert zunächst eine Verständigung darüber, was unter ›Frieden‹ verstanden wird: Mit dem Friedensvertrag von *Dayton* wurde versucht, Lösungen für Bosnien-Herzegowina zu finden. Aufgrund von UNO-Beschlüssen kamen auch Vertragsabschlüsse zwischen Serbien und Kroatien zustande, die das Verhältnis beider Parteien regeln sollten, und es gab andere mit Hilfe der UNO getroffene Regelungen, die aber allesamt keine Friedensverträge waren. Es waren Verträge, um die Waffen zum Schweigen zu bringen, um dem Morden Einhalt zu gebieten und um Zeit für die Entwicklung des Friedens zu gewinnen. Frieden ist mehr als Waffenruhe. Frieden verlangt die Anerkennung des anderen in seinem Anderssein. Nur wo die Bereitschaft besteht, den anderen auch dann zu akzeptieren, wenn er nicht in der eigenen Weise denkt und handelt, kann Frieden bestehen. Dies ist aber, bei wenigen Ausnahmen, auf dem Balkan gegenwärtig nicht der Fall.

Können wir aber unter diesen Bedingungen mit Waffengewalt Frieden *erzwingen*? Nein, das ist unmöglich, wie uns auch die Soldaten versichern, die in Bosnien stehen. Durch Waffengewalt, in fremder Uniform, kann verhindert werden, dass weiter Krieg geführt und gemordet wird, mehr aber nicht. Fremde Truppen und Waffen überzeugen nicht davon, dass Frieden gewahrt werden muss, wenn der Gedanke des Friedens bei der Bevölkerung und ihren Führern nicht gedeiht. In Europa wurde dies nicht klar erkannt, als 1991 die Auflösung Jugoslawiens begann. Zu diesem Zeitpunkt wurde diskutiert, ob einer Bevölkerung, die mit großer Mehrheit in einer Volksabstimmung dafür votiert hatte, aus der Föderation verfassungsgemäß und faktisch auszuscheiden, das Recht auf Selbständigkeit vorenthalten werden könne.

Die Entscheidung des Bundestages zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als selbständige Staaten kam fast zeitgleich mit dem entsprechenden Beschluss Österreichs und Dänemarks. Den Ausschlag gab die Berufung auf die Entscheidung der Bevölkerung, auf das Prinzip der Selbstbestimmung, das kurz zuvor die Vereinigung Deutschlands begleitet hatte und bald zu entsprechenden Entscheidungen für Bosnien-Herzegowina und Mazedonien führte, während in Montenegro und Serbien entschieden wurde, in einer jugoslawischen Föderation zusammenzubleiben.

Der Deutsche Bundestag hatte mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der PDS und weiterer 30 Abgeordneter quer durch die Fraktionen die Forderung erhoben, Slowenien und Kroatien anzuerkennen,

um deren Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen und der Europäischen Union zu ermöglichen. Manche sagen, dies kam zu früh, weil die übrigen Europäer nicht mitzogen, andere meinen, es war zu spät, weil die serbischen Truppen schon fünfzig Kilometer vor Zagreb standen. Vieles war geschehen: Die Zerstörung von *Vukovar* hatte stattgefunden, die Krajina hatte sich selbständig erklärt, Slawonien hatte sich verändert. Die Anerkennung war nicht das Werk von Außenminister *Genscher*; im Bundestag selbst hatten große Teile von CDU, CSU, FDP, der Grünen und der Sozialdemokraten dafür gestimmt.

Achtzehn Monate sollte es dauern, bis Europa zu einer gemeinsamen Jugoslawienpolitik kam, achtzehn Monate, in denen Krieg herrschte in Kroatien und bald darauf in Bosnien-Herzegowina. Bei Kriegsende waren 200.000 und ebenso viele Schwerverletzte, die nie mehr arbeitsfähig sein werden, zu verzeichnen. Fünfzig Prozent der Bevölkerung, mehr als zwei Millionen Menschen, waren um Haus und Hof gebracht. Kroaten, Bosnier und Serben haben ihre Heimat verloren, und mehr als die Hälfte von ihnen sind bis heute noch nicht dorthin zurückgekehrt.

Wenn jetzt gefordert wird, die NATO zu stoppen, dürfen die damaligen Geschehnisse dort nicht vergessen werden. Die Zahl von zwei Millionen



Hans Koschnick

Toten in Bosnien muss man sich vor Augen halten. Erst das entschlossene Eingreifen der NATO auf Anforderung der Vereinten Nationen hatte zu den Verhandlungen in Dayton geführt. Angesichts der vielen Toten, Kriegsverletzten und Flüchtlinge in Bosnien hatten wir zu bereuen, nicht viel früher eingegriffen zu haben. Die Diskussion über das Kosovo muss auch im Hinblick auf die Erfahrungen in Bosnien geführt werden.

Die Ansicht allerdings, der NATO-Angriff in Bosnien hätte die Kriegshandlungen beendet, ist irrig. Entsprechend falsch ist die Vorstellung, im Kosovo so handeln zu können wie in Bosnien, um die Menschen wieder in ihre dortige Heimat zurückführen zu können und mit Vertreibung und Mord Schluss machen zu können. Man hoffte jetzt, mit kurzen Schlägen die Entscheidung herbeiführen zu können, wobei entscheidende Unterschiede gegenüber Bosnien außer Betracht blieben. *Erstens*: Die UNO griff mit der NATO am *Ende* des Bosnienkonfliktes ein, als die drei stehenden Bodendarmeen – eine bosnisch-serbische, eine bosnisch-kroatische und eine bosniakische Armee – von einem langen Kampf erschöpft waren.

Zweitens: Die Auseinandersetzung im Kosovo wirft die Frage nach dem Selbstverständnis Serbiens auf. Wie bei allen Balkanvölkern hat dies eine verhängnisvolle nationalistische Seite. Es begründet sich aber vor allem aus der grundlegenden Staatsidee der Serben – ebenso wie der Kroaten und teils auch der Bosniaken –, dass für jedes dieser Völker die Existenz davon abhängt, dass ein hinreichend mächtiger und kräftiger Staat besteht, der seine Menschen schützt. Erst in zweiter Linie stehen die gesellschaftlichen Verhältnisse im Staat auf der Tagesordnung. Die Serben sehen im Kosovo den Ort, an dem 1389 ein erster, stabiler serbischer Staatsverband bestand. Hier ist ihre traumatisch-mythisch begründete, ursprüngliche Heimat angesiedelt, von der jeder Serbe sagt, dass sie nicht preisgegeben werden kann.

Andererseits leben im *Kosovo Polje* seit Jahrhunderten die Skipetaren, die Albaner, abwechselnd je nach den Zeitläuften mit, für oder gegen die Serben. Eine 1974 im serbischen Belgrad unter Staatschef *Tito* getroffene Entscheidung gewährte den Vojvodinern und Albanern Autonomierechte im Rahmen einer Teilrepublik und die Beteiligung an der Staatsmacht. Mit der Auflösung dieser Autonomierechte begannen dann die Angriffe auf die nationale Identität der Albaner im Kosovo. In den Institutionen, den Schulen, den Universitäten und Krankenhäusern wurde ihre Sprache nicht länger geduldet. Sie sollten serbisch bzw. serbokroatisch umgeformt werden.

Mit der Verweigerung der albanischen Zivilgesellschaft gegenüber den Serben, dem gewaltlosen Aufstand unter *Ibrahim Rugova*, sollte die albanische Identität verteidigt werden, was in die m.E. zu weit reichende Forderung nach einem eigenen, selbständigen Staat mündete. Denn die Herauslösung aus dem jugoslawischen Staatsverband mit Hilfe der Macht der Vereinten Natio-

nen und der internationalen Gemeinschaft hätte im Widerspruch zur Gründungsakte der Vereinten Nationen gestanden.

Repression und Gewalt gegen die Albaner – wie untereinander – waren gleichwohl deutlich erkennbar und begannen weit vor der Zeit des NATO-Angriffs. Bei den Verhandlungen in Dayton, an denen ich für *Mostar* teilnahm, konnte über das Kosovo nicht verhandelt werden, weil das Mandat der serbischen Seite auf Kroatien und Bosnien-Herzegowina beschränkt war, wie bei *Richard Holbrooke* in dessen 1999 erschienenen Buch *Meine Mission* nachzulesen ist. Schon damals war klar, dass für *Milošević* wie für viele serbische Oppositionelle ein Herausbrechen, Herauslösen der Albaner aus dem serbischen Staatsverband nicht akzeptabel war. Die hergebrachte Idee vom einheitlichen Staat aller serbischen Staatsangehörigen sollte fortbestehen.

Die nachfolgenden Versuche der westlichen Mächte, der Russen und auch der Vereinten Nationen, eine Lösung für das Kosovo zu finden, hatten sehr unterschiedliche Ergebnisse. So sind manche getroffene Absprachen überwiegend von *Milošević*, aber auch von anderer Seite nicht eingehalten worden. Schuldzuweisungen dürfen nicht generalisierend verteilt werden. Gut und Böse ist in vielen Händen, Opfer gibt es auf allen Seiten – leider sind viele Opfer zugleich Täter.

Was im Kosovo passierte, war zu befürchten: Es begann 1989 mit der Abschaffung der Autonomie des Kosovo – 600 Jahre nach der Schlacht auf dem Amsfeld vom Jahr 1389. Mit der Aufhebung seiner unter der Regierung Titos verliehenen Rechte wurde das albanische Volk diskriminiert, wie später die ungarische Minderheit in der *Vojvodina*. Einige wenige Beobachter haben damals vor einem heraufziehenden, fünften großen Konflikt seit 1991 auf dem Balkan gewarnt. Die internationale Gemeinschaft hat nicht wirklich ernsthaft auf diejenigen gehört, die eine gewaltfreie Lösung anstrebten. Und auch jene Vorschläge aus der gegen *Milošević* aufbegehrenden Bürgerrechts- und Studentenbewegung in Belgrad, dem Autonomieverlangen der Kosovaren innerhalb des Staatsverbandes Raum zu geben, blieben ohne Gehör.

Die gegenwärtigen Probleme übersteigen fast die Vorstellungskraft: eine Unzahl von Menschen ist geflohen, verjagt, vertrieben worden und sucht Zuflucht in Mazedonien, Albanien, Montenegro, zum Teil auch in Bosnien-Herzegowina. Dort haben es die Flüchtlinge schwer, denn die Aufnahmekapazität dieser Länder mit schwach entwickelter Infrastruktur ist sehr begrenzt. Albanien hofft auf die baldige Rückführung der Flüchtlinge ins Kosovo. In Mazedonien, das jetzt schon einen Anteil von 25 bis 30 Prozent albanischer Bevölkerung hat, befürchten die Mazedonier ihrerseits, zu Fremden in ihrem eigenen Land zu werden; der Staat wackelt! Montenegro als Teil der jugoslawischen Föderation hat sich bisher gesträubt, den Weg Belgrads mitzugehen. Aber wir müssen befürchten, dass die montenegrinische Führung

von der jugoslawischen Volksarmee zusammen mit Teilen der Bevölkerung verjagt wird, wenn der Krieg nicht schnell zu Ende geht.

In Bosnien-Herzegowina besteht meine Aufgabe darin, die Wiedereingliederung der Rückkehrer zu unterstützen. Hier sind seit Ausbruch der Kosovo-Krise ca. 50.000 Flüchtlinge eingetroffen, darunter 18.000 albanische Kosovaren, 20.000 Muslime aus Montenegro und Serbien und 20.000 serbische Bürger. Nicht alle haben sich als Flüchtlinge gemeldet, denn sie wollen nicht als Feiglinge gelten. Andere meldeten sich nicht, um dem Wehrdienst zu entgehen. Insgesamt müssen 50.000 Menschen zusätzlich versorgt werden. Eine Million Flüchtlinge lebt in Bosnien unter teilweise schlimmsten Bedingungen, weil bewohnbare Häuser fehlen. Sie alle sind bei ihren jeweiligen ethnischen Landsleuten so willkommen, wie es die deutschen Flüchtlinge 1945/46 in Westdeutschland waren. Sie waren zwar Schicksalsgenossen, aber wehe, sie wollten in unsere Wohnung, unsere Gemeinde oder gar in die Regierung ...

Allein in Deutschland warten weitere 80.000 Flüchtlinge – Bosnier und Kroaten aus Bosnien-Herzegowina – auf die Rückkehrmöglichkeit, die nicht besteht, weil die Menschen für ein friedliches Nebeneinander noch nicht reif sind und weil die Autoritäten die Regelungen von Dayton nicht umsetzen. In Serbien leben etwa 400.000 Flüchtlinge serbischer Nationalität, die nicht nach Bosnien-Herzegowina oder Kroatien zurückkehren können. Zahllose Flüchtlinge aller drei Völker müssen in Staaten leben, die ökonomisch kaum in der Lage sind, ihre eigene Bevölkerung zu versorgen. Gelingt es der internationalen Gemeinschaft und mehr noch der EU nicht, die Menschen wieder dort anzusiedeln, woher sie kamen, so wird die Region ein latenter Krisenherd bleiben. Allseits muss sich die Einsicht verstärken, nicht nur nebeneinander, sondern *miteinander* leben zu müssen.

Niemand kann mit den gegenwärtigen militärischen Aktionen zufrieden sein. Sollen aber die Bombardierungen aufhören, bevor die Gewissheit besteht, dass die Vertreibungen und Verfolgungen der Menschen im Kosovo beendet werden? Umgekehrt bezweifelt die andere Seite, dass ihr Rückzug wirklich einen Stopp der Bombardierungen herbeiführen würde.

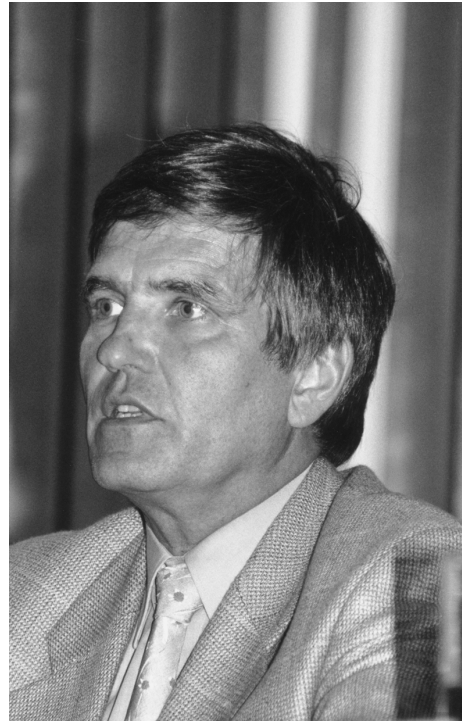
Wir brauchen eine internationale diplomatische Abmachung, die sicherstellt, dass beim Beginn des serbischen Truppenrückzugs nicht mehr gebombt wird, denn keiner zieht seine Truppen zurück, solange Bomben fallen. Noch fordern beide Seiten von der anderen, zuerst aufzugeben. Die NATO verlangt die Kapitulation, und die Serben verlangen die Anerkennung ihrer Souveränität, bevor sie zum Rückzug bereit wären.

Wir stehen vor der großen Schwierigkeit, uns zu entscheiden, und ich bitte darum, die Menschen in Bosnien-Herzegowina nicht aus dem Blick zu verlieren. Sie waren die ersten Opfer, und heute werden auch unschuldige Serben zu neuen Opfern. Jeder von uns wird eine eigene Entscheidung treffen müs-

sen. Meine frühere Position – sie hieß: Um Gottes Willen keine deutschen Soldaten auf dem Balkan! – ist in *Mostar* angesichts des dortigen Mordens und der Vertreibungen relativiert worden. Ich habe mich dann für einen Einsatz der UNO eingesetzt, weil ich nicht zusehen konnte, wie weiter geschändet und gemordet wurde. Ich will meine Hände nicht in Unschuld waschen, wenn Frauen und Kinder verjagt oder vertrieben werden. Ich möchte, dass sie die Chance erhalten, in diesem Europa so zu leben, wie wir auch leben möchten. Ich bin dafür, den Flüchtlingen aus dem Kosovo zu helfen, und sie müssen das Recht haben, in ihre Heimat zurückzukehren.

Peter Lock: Zwei Punkte will ich ansprechen: Die erste Frage ist, wie kommt man diplomatisch weiter? Es gibt in Deutschland das Wort: ›Der Klügere gibt nach‹, und so denke ich, dass die NATO ohne jedes politische und militärische Risiko in der Lage wäre, die Bombenangriffe für 48 oder 72 Stunden einzustellen, einfach um den Verdacht auszuräumen, dass es ihr an der Fähigkeit zum ersten Schritt zum Friedensschluss mangelt.

Der NATO sind die militärisch legitimen Ziele ausgegangen, die für die militärische Leistungsfähigkeit Rest-Jugoslawiens im Kosovo noch länger von Bedeutung wären. Insofern entfernen sich die angewandten Mittel von der Zielerreichung, und in dieser Situation halte ich es für zwingend, von westlicher Seite eine einseitige Bombenpause zu erklären, um diese ständige Diskussion zu beenden. Wenn das nicht gemacht wird, so liegt es daran, dass große bürokratische Organisationen – und die NATO mit jährlich weit über 400 Milliarden Dollar Etatmitteln ist dies in größtem Maße – einen einmal gemachten Fehler damit ausbügeln wollen, dass sie ihn leugnen – und damit vervielfachen. Bei der NATO herrscht zudem absolute Disziplin; niemand schert aus. Dort herrscht der Korpsgeist selbst noch unter den Offizieren im Ruhestand. Ich bin erstaunt, wie wenig qualifizierte Sachkommentare von ehemaligen Militärs, bis zu 200 erfahrenen früheren Bundeswehroffizieren, zu dieser Situation abgegeben werden. Bei der Inszenierung der öffentlichen



Peter Lock

NATO-Verlautbarungen haben zudem die Journalisten die Schere im Kopf. Sie versagen kläglich in ihrer Rolle, kritisch nachzufragen. Wir müssen uns fragen, weshalb ein pluralistischer Journalismus, dieses wichtige Element einer freien demokratischen Gesellschaft, in diesen Kriegszeiten so versagt. Es gibt zwar abweichende Meinungen, die werden aber nur in den Kommentaren rhetorisch aufgenommen. Die politischen Akteure bleiben davon unbeeindruckt. Fragen wie ›Was tut Ihr?‹, ›Warum tut Ihr das?‹ und ›Warum habt Ihr es nicht anders gemacht?‹ werden nicht gestellt.

Zentrales Problem für die Zukunft des Balkan ist, dass die Völker dort Identitätsmythen pflegen, die einander geographisch widersprechen und ausschließen. Unverträgliche Legitimationsmuster des eigenen nationalen geographischen Raumes beherrschen die Politik. Hier wird kein Staatsgedanke etwa naturrechtlich abgeleitet; vielmehr sind es instrumentelle Denkfiguren, die von Politikern um des Machterhalts willen vorgegeben und durch politisch provokative Handlungen und Gewaltakte des vermeintlichen Gegners scheinbar verifiziert werden.

Bei der Neuordnung Südosteuropas wird es eine vorrangige politische Aufgabe sein, die hergebrachten Identitätsvorstellungen für die Lebensplanung der Individuen irrelevant zu machen. Für alle Volksgruppen auf dem Balkan muss es ökonomisch möglich werden, individuelle Lebenspläne zu verfolgen, in denen unversöhnliche Identitätsmythen keine Rolle mehr spielen.

Andreas Zumach: So sehr wir versuchen wollen, über künftige Lösungen des Konflikts, über mögliche Alternativen, nachzudenken, so wichtig ist es, über Fehlschläge und Versäumnisse der Vergangenheit zu reden. Einige dieser Fehler haben nachhaltige Konsequenzen für die Friedensregelung im Kosovo und im ganzen früheren Jugoslawien.

So ist erstens im Zuge der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens versäumt worden, der serbischen Volksgruppe, die in diesem neuen, unabhängigen Kroatien zu einer Minderheit wurde, klare, verfassungsrechtlich abgesicherte Volksgruppenrechte einzuräumen, möglicherweise sogar in Form eines Autonomiestatuts, das auf befristete Zeit hin international überwacht und durchgesetzt worden wäre. Ein zweiter entscheidender Fehler war, nur nach politischen Lösungen für einzelne Republiken zu suchen, die gerne selbständig werden wollten, anstatt ein Gesamtkonzept für das auseinanderfallende Jugoslawien anzubieten. Dies ist bereits vielfach früher bei Herrn Genscher und anderen deutschen Politikern angemahnt worden.

Der dritte Fehler, ein zentrales Versäumnis, zieht sich durch die Jahre von 1990 bis heute: Unsere offizielle Politik hat sich nicht mit den ihr zu Gebote stehenden politischen und materiellen Ressourcen um die existierende demokratische und nichtnationalistische Opposition in den ehemaligen Teilrepu-

blicken Jugoslawiens gekümmert. Stets ist nur mit den jeweiligen nationalistischen Führern und Verführern verhandelt worden, denen man damit eine Weltbühne verschaffte: Niemand kannte bis zum Herbst 1992 *Radovan Karadžić* nach Genf eingeladen, logierte er fast zwei Jahre im schönsten Hotel der Stadt und war jeden Tag vor den 400 führenden Medien dieser Welt präsent. Was damals an demokratisch legitimer Opposition existierte, durchaus identifizierbar war und über jeden nationalistischen Verdacht erhaben, wurde inzwischen verfolgt, zum Teil ermordet, oder ist im Exil. Aus diesen Versäumnissen ergibt sich: Wie immer die Regelung für das Kosovo aussehen wird – ob Autonomiestatut oder unabhängiger Staat – nach diesem Krieg, diesen Vertreibungen, diesem Völkermord muss für die unmittelbare Zukunft der nächsten Jahre dafür gesorgt werden, dass die verbliebenen Serben, die einen Anteil von bis zu 15% an der Bevölkerung ausmachen, dort bleiben können und den Mut behalten, nicht wegzulaufen. Sie müssen durch die internationale Gemeinschaft einen verlässlichen Status als Minderheitenvolksgruppe erhalten.

Die zweite Schlussfolgerung muss lauten: Wenn wir es mit der Formel ›Wiederaufbau von Zivilgesellschaft‹ in Serbien ernst meinen, so müssen wir anfangen, die demokratische und nichtnationalistische Opposition, die Menschenrechtsgruppen und die Frauengruppen massiv zu fördern. Dies muss auch in Kroatien geschehen, das im Moment völlig im Windschatten der Aufmerksamkeit liegt, obwohl die Zustände dort sehr schlimm sind. Nicht nur Friedens- oder Menschenrechtsgruppen oder einzelne Persönlichkeiten stehen vor dieser Aufgabe; es muss das Programm auch von Parlamenten und Regierungen werden, und dazu muss hinreichend Geld zur Verfügung stehen.

Die dritte Schlussfolgerung ergibt sich aus der Zeit unmittelbar vor der Eskalation im Kosovo. Der wiederholten Behauptung des Bundesaußenministers, dass alle diplomatischen und politischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden seien, möchte ich deutlich widersprechen: Ich urteile vor einem pazifistischen, von der Friedensbewegung geprägten Hintergrund. Dennoch kam



Andreas Zumach

ich im letzten Sommer zu der Ansicht, dass sämtliche nichtmilitärischen Instrumente, die zur Verfügung gestanden hätten, um diesen Konflikt zu deeskalieren, zu dem Zeitpunkt nicht mehr in Frage kamen. Zwar war nicht versucht worden, diese Mittel auszuschöpfen, aber in dem Moment, als zwischen der UČK und den sogenannten ›serbischen Sicherheitskräften‹ bereits Krieg geführt wurde, bestand keine Möglichkeit mehr zum Einsatz nicht-militärischer Instrumente. So trat ich im Juli letzten Jahres für die Schaffung eines internationalen Protektorates ein, was zwar ein militärisches Erzwingungsinstrument ist, aber gegenüber dem jetzt stattfindenden Krieg die vernünftige Alternative. Ich war der Meinung, das könne und müsse mit einem UNO-Mandat umgesetzt werden, wofür es eine Chance gegeben hätte, wenn die NATO dieses Moskau auf vernünftige Weise vermittelt hätte.

Der damalige amerikanische Botschafter bei der NATO sandte im August 1998 einen detaillierten Plan für ein internationales Protektorat, das mit einem UNO-Mandat durch die NATO mit Unterstützung Russlands errichtet werden sollte, an sein Außenministerium. Das Konzept ist in Washington ohne Diskussion schnell verworfen worden, und auch in anderen NATO-Hauptstädten ist diese Option nie ausgelotet worden. Seit Juni letzten Jahres verfolgt man einzig das Szenario einer Drohung mit Luftangriffen.

Ich bin überzeugt, dass der jetzige Krieg *nicht* gewollt war. Die NATO wollte keinen Krieg. Ob, wie spekuliert wird, die Amerikaner ihn wollten, um so Europa auf Jahre hinaus zu schwächen, mag man diskutieren. Das Bündnis hat sich jedenfalls die *Fehlkalkulation* geleistet, allein die Drohung mit Luftangriffen würde ausreichen, um sowohl Milošević als auch die Kosovo-Albaner zur Unterschrift in Rambouillet bewegen zu können, überdies Milošević zum Rückzug seiner Sicherheitskräfte. Diese Fehleinschätzung kennzeichnet die in den letzten acht Jahren entstandene Hybris der NATO, ihrer Selbstgewissheit, die einzig verbliebene funktionsfähige Machtinstitution zu sein, nachdem die UNO diskreditiert und geschwächt ist und die OSZE ›am ausgestreckten Arm verhungert‹. Konsequenz dieser Hybris war es dann, am 24. März 1999 zu glauben, man könne mit zwei, drei Bombennächten erreichen, dass Milošević nachgebe.

Auch in Rambouillet sind keineswegs alle Möglichkeiten genutzt worden: So haben der Bundesaußenminister wie auch die Außenminister Frankreichs und Großbritanniens die Öffentlichkeit ihrer Länder und auch die Parlamente über angebliche Verhandlungserfolge getäuscht. Sie behaupteten, mit Russland herrsche Übereinstimmung und es gäbe eine begründete Aussicht auf ein UNO-Mandat für einen Einsatz im Kosovo. Dies alles stimmte nicht, war aber für die Einschätzungen einer Reihe von Abgeordneten im deutschen Parlament – nicht nur bei den Grünen, auch bei der SPD – von Bedeutung, weil es ihr Abstimmungsverhalten seit dem 25. Februar 1999, der Abstim-

mung über die Beteiligung der Bundeswehr an einer künftigen Schutztruppe, beeinflusste. Dieses Kapitel bedarf noch einer Klärung.

Ein letzter Punkt: Bei den gegenwärtigen Diskussionen zu diesem Thema werden die USA stark kritisiert. So ist es z.B. die Auffassung *Egon Bahrs*, dass die Amerikaner in diesem Krieg alles bestimmten – die politischen Forderungen ebenso wie die militärische Strategie und die Zielauswahl. Sie bestimmten, heißt es, welche Aufklärungserkenntnisse veröffentlicht und welche zurückgehalten würden; sie bestimmten die ganze Informationspolitik. Dies alles teile ich, und ich halte eine nüchterne Analyse der amerikanischen Rolle und Kritik ihrer Interessen für unerlässlich.

Das darf allerdings nicht dazu führen, dass die Mitverantwortung Deutschlands und der anderen westeuropäischen NATO-Staaten für das Desaster dieses Krieges heruntergespielt wird. Alle Entscheidungen des Bündnisses auf dem Weg zum Krieg seit Anfang Oktober 1998 waren Entscheidungen unter Konsenszwang, einstimmige 16:0-Entscheidungen. Gegenstimmen oder Enthaltungen hätten diese Entscheidungen unmöglich gemacht. Das ist zu berücksichtigen, wenn die wachsende Kritik z.B. von den Grünen damit beantwortet wird, dass *Fischer* und Kanzler *Schröder* von Clinton mit der Drohung erpresst worden seien, die USA würden unilateral bomben, wenn Deutsche und andere Westeuropäer im NATO-Rat einer Drohung mit Luftangriffen nicht zustimmten. Wenn das wahr wäre, wären Außenminister und Kanzler einem Bluff aufgesessen, denn die Vorstellung, die Amerikaner würden mitten in Europa ohne das Bündnis zu bomben beginnen, ist völlig abwegig. Darüber wäre die NATO auseinandergebrochen; Jugoslawien ist nicht Irak, Sudan oder Afghanistan.

Reinhold Mokrosch: Können Sie sich dem Plädoyer für einen befristeten Bombenstopp anschließen, Herr Koschnick?

Hans Koschnick: Dazu werde ich nicht gefragt, daher kommt es auch auf mein Wort nicht an. Ich kann mir kaum vorstellen, dass eine der beiden Seiten von sich aus den ersten Schritt einer Deeskalation macht, wenn wir nicht einen Weg finden, beide Seiten zugleich zu gewinnen. Der Entscheid der Serben zum Rückzug müsste mit der Einstellung des Bombardements bei Beobachtung des Vollzugs beantwortet werden. Es kann nicht darum gehen, dem einen oder anderen Recht zu geben. Es geht nicht um Gesichtswahrung, es geht um Krieg und Menschenleben. Es geht auch nicht um den Korpsgeist, den vielleicht alte Generäle pflegen. 1993 oder 1992 haben fast alle deutschen Generäle gewarnt und gesagt: »Geht nicht in den Krieg auf dem Balkan«. Aus internen Diskussionen in Paris und Brüssel ist bekannt, dass es nicht die Militärs waren, die auf den Krieg drängten. Was an militärischen Szenarien vorgelegt worden ist, wurde aus Opportunitätsgründen bestritten, weil ein

Teil der Politiker dem eigenen Volke oder dem eigenen Parlament nicht sagen wollte, welche Konsequenzen drohten. Das gilt auch für Washington, wo der Kongress skeptisch war und dagegen stand, und es gilt auch für die europäischen Parlamente.

Ein Wort an Peter Lock: Die Versuche, uns in die Köpfe und Gefühle der Menschen auf dem Balkan hineinzudenken, müssen vergeblich bleiben: Wenn ein Volk über Generationen auf der Suche nach Staatlichkeit und Aufklärung keine Freiheit erfahren konnte, wenn es keine rechtsstaatliche Entwicklung erlebt hat, die bei uns über 250 Jahre dauerte, sondern nur die permanente Bedrohung der eigenen Lebenspläne, dann können wir im Westen dort nicht besserwisserisch auftreten. Das westeuropäische Demokratiemodell ist gut, setzt aber eine lange Entwicklungszeit voraus. Wir Deutschen sollten nicht vergessen, wie lange es brauchte, bis wir Demokraten geworden sind.

Das Problem auf dem Balkan ist, dass in allen Schichten der ländlichen Bevölkerung ein Teil der Erziehung in der Weitergabe von Vorurteilen besteht. Fast jeder Kroate, Bosnier, Serber oder Albaner kann aufzählen, was seinem Volk in den letzten sieben-, achthundert oder tausend Jahren angetan worden ist, auf das Datum und den Ort genau. Wenn man dagegen fragt, was ihr Volk den anderen angetan hat, herrscht Schweigen.

Der Bürgermeister in *Dubrovnik* beklagte, was alles zerstört wurde, zerstört von Leuten aus Montenegro; zum siebten Mal seien sie da gewesen und hätten die Vororte zerstört. Meine Frage, wie oft dieses große, fast wie *Venedig* mächtige Dubrovnik, früher *Ragusa*, in Montenegro gebrandschatzt habe, beantwortete er vielsagend: »Koschnick, lass uns Essen gehen ...«. Das erlebe ich überall: Keiner weiß, was er angerichtet hat, aber jeder weiß, was ihm angetan worden ist. Dem ist mit einem Demokratie-Kursus im Sinne der *re-education* der Jahre 1945 bis 1949/50 in Deutschland nicht abzuhelfen.

Wir müssen im Hinblick auf die Psychologie der Auseinandersetzung in Südosteuropa bedenken, unter welchen anderen Bedingungen die Menschen dort aufwuchsen, wie sie dachten, was sie lernten, wie sie dies weitertrugen. Nicht überall gleichen sich die Bedingungen: 400 Jahre lang hatte es in Mostar keinen nationalen oder religiösen Konflikt gegeben, obwohl die Stadt immer zu einem Drittel von Bosniern, Serben und Kroaten bewohnt war; auch eine kleine jüdische Gemeinde gab es. Keineswegs herrschte dort gegenseitige Feindschaft. Andere lebten in den Dörfern in Insellagen, nahmen ihre alten Positionen unbestritten ein. Vielfältige unterschiedliche Konstellationen finden sich auf dem Balkan. Im Kosovo, in Dalmatien denkt man völlig anders als im Mittelland von Kroatien bei den Bergbauern.

Eine Bemerkung zu Andreas Zumach: Tatsächlich gab es große Versäumnisse in der Jugoslawienpolitik. Die USA haben uns damals aufgefordert, ein Gesamtkonzept zu machen, bevor wir zusehen wie der jugoslawische Föderationsstaat auseinander bricht. Wir haben nicht darauf gehört. Das größte

Versagen besteht darin, dass die offizielle Politik sich nicht um die Opposition gekümmert hat: Wir haben in Bosnien-Herzegowina nur mit Nationalisten verhandelt. Wir haben jene Kräfte, die eine freie Gesellschaft wollten und die die Einheit zwischen den Bevölkerungen erhalten wollten, nicht gestützt. Wir haben die nationalistischen Führer herausgestellt, bis im Volk begriffen wurde: ›Das sind unsere Sprecher‹. Wir haben nach Dayton versäumt, darüber nachzudenken, ob eine Lösung für das Kosovo erreichbar wäre, wenn mit der serbischen Führung unter der Bedingung der wirtschaftlichen Unterstützung und nicht der Abschneidung verhandelt worden wäre. Wir hätten anbieten können, in die Entwicklung des Landes zu investieren. Wir haben das – vielleicht noch unter dem Eindruck der Geschehnisse in Bosnien – nicht getan. Wir haben nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Natürlich ist der Vorwurf, die NATO sei USA-dominiert, nicht unberechtigt. Schließlich bringen die USA in sehr hohem Maße die Machtmittel ein. Aber niemand kann behaupten: ›Weil die Amerikaner es wollten, haben wir mitgemacht‹. Von 16 Staaten hätte doch einer ›Nein‹ sagen können! Es fragt sich allerdings, ob anders hätte entschieden werden können, wenn eine Regierung wirklich entschieden dagegen gewesen wäre. Griechenland und Italien hatten Bedenken, die sie schließlich zurückstellten. Wer aber zugestimmt hat, kann hinterher nicht behaupten, insgeheim sei er dagegen gewesen.

Reinhold Mokrosch: Wie wird die Zukunft Südosteuropas aussehen? Ist ein späterer Beitritt Serbiens, Bulgariens, Rumäniens zu EU und NATO denkbar?

Peter Lock: Grundlage für mein Szenario ist die Überzeugung, dass kollektive Mythen schneller abbaubar sind, als wir das aus unserer Geschichte kennen. Im 20. und 21. Jahrhundert befinden sich die Lebensumstände von kleinbäuerlichen Gesellschaften in einem dramatischen Modernisierungsprozess, und auch die Perspektiven differenzieren sich so, dass man sich Mythen auch abgewöhnen kann. Ich habe mir selbst einen Mythos abgewöhnt, den die Lehrerin unserer Volksschule kurz nach dem Krieg noch weitergab. Sie sprach von ›deutschen‹ Bauernhäusern in den umliegenden Ländern, in denen nun andere Menschen wohnten. Sie können sich meine Erregung vorstellen: Fränkische Bauernhäuser, die eigentlich Deutschen gehörten, in Frankreich und quer durch Europa ... Es bedurfte einiger Urlaubsreisen mit den Eltern zu Beginn der fünfziger Jahre, bevor ich meine Vorbehalte ablegte. Unsere Gesellschaft insgesamt hat sich die Vorstellung abgewöhnt, sich regelmäßig im Krieg mit den Franzosen duellieren müssen. In beiden Ländern sind die individuellen Lebenspläne durch einen Modernisierungsprozess dramatisch verändert worden. Und zwischen Franzosen und Deutschen besteht eine langjährige demilitarisierte Phase, in der die Franzosen darauf konzentriert waren, ihr Kolonialreich zu konsolidieren. Danach hat der Kalte Krieg zu einer

weiteren Neutralisierung der militärischen Dimension von Politik geführt. Im Verlauf dieser Jahre ist in beiden Ländern ein festverankertes Bewusstsein entstanden, dass ein Krieg um historische Mythen ›unpraktisch‹ ist und deshalb nicht mehr stattfindet.

Das sollte auch in Südosteuropa möglich sein, wofür die Voraussetzungen zu schaffen sind: Schon aus wohlverstandener Eigeninteresse müssen wir Südosteuropa als Teil Europas akzeptieren. Behandeln wir einen dortigen Kleinstaat so, als gehöre er im Sinne unserer politischen Wertvorstellungen nicht zu uns, so werden wir bekommen, was wir am Beispiel Südafrikas über vierzig Jahre bekämpft haben: ein Europa der Apartheid mit *homelands*, die konsequenterweise keine Perspektive haben, sich Europa sozialökonomisch auch nur anzunähern, und in denen unsere Wertvorstellungen keine Chance bekommen.

Gelingt es nicht, eine politische Vision für diesen Raum zu entwickeln, auf die wir uns in Europa einigen, und die notwendigen ökonomischen, politischen und militärischen Mittel dafür bereit zu stellen, so sind die zwangsläufige Folge die Entwicklung des politischen Terrorismus und ein enormer Emigrationsdruck. Gelingt es nicht, den Schritt vom klassischen Völkerrecht, das die Souveränität des Nationalstaates betont, hin zur Rechtsgüterabwägung zugunsten der Menschenrechte zu vollziehen, mit dem ein anderes zwischenstaatliches Verhalten und auch der Eingriff in nationalstaatliche Souveränität begründet werden kann, so verliert der Begriff der Menschenrechte weltpolitisch an Bedeutung. Wir würden gegenüber einem fundamentalistischen Regime, gleich welchen Hintergrunds, jede Legitimation verlieren, auf Einhaltung von Menschenrechten zu drängen. Wenn es uns nicht gelingt, die Menschenrechte für die albanische Bevölkerung in Jugoslawien durchzusetzen, wird eine Bestätigung der *Huntington*-These vom *Aufeinandertreffen der Zivilisationen* die Antwort aus der gesamten islamischen Welt sein. Man wird es ablehnen, mit dem Westen zu reden, solange die Europäer den europäischen Muslimen die Menschenrechte nicht garantieren. Die Frage hat eine zentrale strategische Bedeutung für die Identität Europas, d.h. es darf keine billigen oder faulen Kompromisslösungen im ehemaligen Jugoslawien geben.

Gegen den weiteren Zerfall der nicht lebensfähigen Kleinstaaten wird man aus europäischer Perspektive eine Einschränkung der Souveränität dieser Region und politisch-militärische Eingriffe vorsehen müssen, um eine solche Vision durchsetzen zu können. Andernfalls werden sich aus dem Recht zur Selbstverteidigung militärische Potentiale entwickeln, die bei erstbestem Gelegenheit Versuche zur erneuten Arrondierung der jeweiligen historischen Mythen mit sich bringen. Die erste derartige Lektion stammt aus Kroatien: Kaum war das Land mit amerikanischer Hilfe einigermaßen aufgerüstet, kam es zu Säuberungen in der Krajina.

Meine Schlussfolgerung ist: Wir müssen Südosteuropa unter Einschluss Albaniens als eine gemeinsame Wirtschafts- und Entwicklungszone definieren. Die Gemeinschaft der europäischen Staaten muss glaubhaft mit militärischen Mitteln die Souveränität dieser verschiedenen Kleinstaaten garantieren und diese Garantie gegen eine radikale Begrenzung der militärischen Potentiale dieser Kleinstaaten eintauschen. Das bedeutet auch, klar zu signalisieren, dass Südosteuropa auf die Europäische Union hin entwickelt werden soll, dass diese Wirtschaftszone massiv gefördert wird und nur als Ganzes Eintritt in die Europäische Gemeinschaft und die NATO finden wird. Es wäre höchst kontraproduktiv und würde zu neuen Entladungen führen, wenn Ansprüche Kroatiens oder Albaniens, von der EU bevorzugt zu werden, erfüllt würden. Die Situation dort erfordert die massive ökonomische Unterstützung bei eingeschränkter Souveränität im Rüstungsbereich, weil diese Volkswirtschaften alle Kriegsökonomien sind. Sie sind nicht marktgesteuert, sondern intern gewaltgesteuert und in hohem Maße zugleich kriminell, was eine enorme Einkommenskonzentration bedingt. Erst wenn sich im Einklang mit der Veränderung der politischen Struktur wieder marktähnliche Strukturen entwickeln, besteht eine Chance, dass dieser Raum sich stabilisiert und die Relevanz der nationalen Mythen abnimmt.

Wir müssen die Region auch in ihren soziologischen Strukturen analysieren: Mikroökonomisch betrachtet, sind einige dieser Räume seit 30 Jahren faktisch Emigrationsgesellschaften; einzelne Volksgruppen, insbesondere die Kosovo-Albaner, setzen sich aus Großfamilien mit Erwerbspersonen im Ausland zusammen. In Albanien selbst, das länger abgeschottet war, ist dies nicht der Fall. Daraus ergibt sich die enorme kulturelle Differenz und ein Konfliktpotential zwischen der Flüchtlingsbevölkerung des Kosovo und der Albaniens. Wir haben die sozialökonomischen Gegebenheiten, die oft politische Optionen und die Manipulierbarkeit von Bevölkerungen bestimmen, zu wenig beachtet, um politische Fehler bei der Entwicklung dieses Raumes vermeiden zu können. Die Politik hat diesen Raum sehr herablassend und im Detail zu wenig informiert behandelt. Die Menschen in Europa sind bereit zu helfen; dafür lassen sich Mehrheiten in unseren Ländern gewinnen.

Reinhold Mokrosch: Müssen denn unsere Wertvorstellungen auf dem Balkan durchgesetzt werden?

Hans Koschnick: Wer sind wir, dass wir die westlichen Wertvorstellungen anderen Völkern vorschreiben könnten? Buddhisten, Hindus und Muslime haben eigene, nicht minder berechnete Wertvorstellungen. Das Ziel muss sein, einen Konsens der differenzierten Wertvorstellungen zu finden.

Der Forderung nach Reduzierung der Rüstung, der politischen Garantie der Grenzen und der Aufbauhilfe kann ich zustimmen, aber das wird nicht

genügen. Die Menschen haben ihren Stolz, sie wollen sich selbst schützen und über ihre Zukunft entscheiden. Wir sind oft zu weit entfernt von den unmittelbar betroffenen Menschen. Es gibt sehr wohl prinzipielle Werte, die in allen Nationen, allen Konfessionen und Weltanschauungen vertreten werden. Sie werden auch in den UNO-Entschlüssen hochgehalten, leider aber nicht immer umgesetzt. Wir können nur zusammenleben, wenn die Bereitschaft da ist, unterschiedliche Positionen anzuerkennen.

Ich bin gegen einen *melting pot*, einen Schmelztiegel der Kulturen in Europa. Ich bin aber ein Anhänger eines integrativen Europas, das weiter zusammenwächst. Dieses Europa mit seiner vielfältigen Geschichte, den unterschiedlichen Sprachen und unterschiedlichen Erfahrungen hat gemeinsame Werte gefunden! Daher möchte ich nicht die *Desintegration* Europas finanziert und gefördert sehen. Deswegen bin für konkrete, massive Aufbauhilfe: Ein Tag Krieg auf dem Balkan ist teurer als ein Jahr vernünftige Finanzierung von Aufbauleistung in der Region.

Die Vorurteile, die die nationalen Haltungen der verschiedenen Völker auf dem Balkan bestimmen, sind erschreckend. Zum Glück haben wir Deutschen unseren nationalen Mythos 1945 verloren. Bei Empfehlungen an andere Völker sollten wir aber nicht vergessen, wie antisemitische Vorurteile christlicher, nationaler, rassistischer Art es ab 1933 möglich machten, dass unsere Nachbarn umgebracht wurden, ohne dass Protest sich regte. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, einen besseren Weg in die Zukunft zu finden; das ist meine Hoffnung, und dafür engagiere ich mich.

Andreas Zumach: Ja, aber was heißt das konkret? Ich glaube nicht, dass es nach all den schlimmen Dingen, die in den letzten acht Jahren im früheren Jugoslawien passiert sind, so unendlich lange dauern muss, bis dort wieder eine demokratiefähige Zivilgesellschaft bestehen kann. Schon 1992 wurde gefordert, den Menschen in allen Republiken der ehemaligen Föderation Jugoslawien eine positive Perspektive zu geben, die eine Alternative zu den Angeboten ihrer nationalistischen Führer sein konnte. Schon damals war vorgeschlagen worden, die Perspektive der Integration in die EU mit beschreibbaren Zwischenschritten anzubieten.

Wäre dies von der EG überzeugend angeboten worden, hätte man die antideutsche, antieuropäische, antiwestliche Propaganda in Belgrad in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung konterkarieren können. Nun sind sieben Jahre vergangen, in denen einige Hunderttausend mehr Tote, einige Millionen mehr Vertriebene und eine Unmenge angestauten Hasses zu verzeichnen waren.

Wer 1990 die politische Zukunft Europas in einer Landkarte hätte darstellen wollen, hätte darin schwerlich diese neuen, ethnisch definierten, wirtschaftlich kaum überlebensfähigen Kleinstaaten in Südosteuropa vorsehen können. Nach der Entwicklung der letzten Jahre sitzen wir nun aber nicht

am grünen Tisch; wir haben keine Stunde Null vor uns, der wichtige Einschnitt fand 1990 statt. Können wir jetzt realistischere davon ausgehen, dass für die Kosovo-Albaner ein Autonomiestatut unter der Souveränität Belgrads noch akzeptabel und zumutbar sein wird? Wäre das akzeptabel, solange der serbische Regierungschef Milošević heißt?

Ich fürchte, dass Unabhängigkeit für das Kosovo im Moment die einzige Alternative ist, weil andernfalls die UČK weiterkämpfen wird und ein andauernder Bürgerkrieg die Folge wäre. Die Konsequenz für Westeuropa hieße, Kosovo-Albanien – und gleichzeitig endlich Albanien und Mazedonien – massiv politisch und ökonomisch zu stabilisieren. Schon vor fünf Jahren hat der Präsident Mazedoniens dieses gefordert. Für Mazedonien geht es um mehr Investitionskredite, nicht nur um das Angebot westeuropäischer Waren. Aus Deutschland und Österreich hat Mazedonien jahrelang keine Mittel erhalten. Nur aus Verzweiflung hat die Regierung in *Skopje* vor ein paar Monaten den törichten Akt der Anerkennung Taiwans begangen, von wo ihr 1,5 Milliarden Dollar zugesagt waren. Daraufhin hat sich erstmals seit 1991 China in die Jugoslawienfrage eingeschaltet. Bei den Abstimmungen im Sicherheitsrat über die bis dahin 88 Jugoslawien-Resolutionen hatte sich China 83 mal enthalten und 5 mal zugestimmt. Nach der Anerkennung Taiwans durch Mazedonien hat China durch ein Veto die Verlängerung des Mandats der einzig erfolgreichen UNO-Truppe in dieser Region verhindert und so für deren Abzug gesorgt.

Die tiefere Ursache dafür liegt bei uns, und da hilft nur eine offensive Argumentation: Man soll ruhig wissen, dass allein die Behausung von Flüchtlingen aus Bosnien in Deutschland während der letzten fünf Jahre mehr als 18 Milliarden Mark gekostet hat – eine enorme Summe Geldes. Auch andere Länder haben Flüchtlinge beherbergt und ebenfalls viel Geld ausgegeben. Die Stationierung der UNO-Truppen in Bosnien und Kroatien hat viel Geld gekostet, von den Kosten des gegenwärtigen Kriegs nicht zu reden. Bis 1995 hatte sich das Engagement der internationalen Gemeinschaft – der UNO-Truppen-Stationierung, der Behausung von Flüchtlingen, der humanitären Hilfe usw. – auf gut 150 Milliarden US-Dollar summiert.

Was hätte man alles mit dieser Summe für die ganze südosteuropäische Region anfangen können? Dieses Argument sollte unsere politische Klasse für die Idee eines *Marshall-Plans* für die Region einnehmen und sie dazu bewegen, diese Perspektive unserer Bevölkerung offensiv zu vermitteln, selbst wenn dies eine Erhöhung der Steuern für die nächsten zehn Jahre erfordert.

Reinhold Mokrosch: Peter Lock und Hans Koschnick: Soll im Kosovo ein internationales Protektorat entstehen? Soll das Land geteilt werden? Oder ist eine Teilautonomie anzustreben?

Peter Lock: Ich bin der Ansicht, dass bestimmte elementare Menschenrechte für das Zusammenleben im Kosovo unverzichtbar sind. Diese Werte haben hinsichtlich ihrer Entstehungsgeschichte zwar keine einheitliche Begründung, aber sie bilden die Voraussetzung für ein Zusammenleben ohne Gewalt. Von dieser Position prüfe ich, welche politischen Strategien eine Chance haben, Verbesserungen zu bringen. Für das Kosovo wäre ein internationales Protektorat eine realistische Variante. Analysiert man die Dynamik der Gewalt-handlungen dort und zieht die beteiligten Personen und jene bisher Unbeteiligten, die Rache üben wollen, mit ins Kalkül, so muss man davon ausgehen, dass selbst bei Abschluss einer friedensvertraglichen Regelung ein massives militärisches Potential notwendig ist, allein um die technischen Voraussetzungen für ein Leben in dieser Region zu schaffen. Zwischen der aktuellen Option für einen NATO-Bodeneinsatz und dem, was nach einem Vertragschluss notwendig sein wird, besteht nur ein gradueller Unterschied.

Im Kosovo halten sich derzeit bis zu 30.000 Leute auf, die mit einer Verfolgung als Kriegsverbrecher rechnen müssen. Gleichzeitig gibt es auf der Seite der Kosovo-Albaner die Idee eines nationalen Befreiungskriegs. Dem steht das kluge, die historischen Erfahrungen nach 1945 spiegelnde Verdikt *Ibrahim Rugovas* entgegen, der im Kosovo keinen Platz für einen Befreiungskrieg sieht. In einer auch nur ansatzweise modernen Gesellschaft ist es unmöglich, eine Emanzipation und Befreiung einer Gruppe von Menschen auf einem Territorium mit militärischen Mitteln herbeizuführen. Eine solche Auseinandersetzung vernichtet notwendig die Subjekte, die sie zu befreien vorgibt, oder treibt sie in die Flucht. Das operative Ziel, mit militärischen Mitteln einer Volksgruppe die Freiheit zu erkämpfen, wendet sich gegen diese selbst, weil in jeder militärischen Auseinandersetzung die Zivilbevölkerung, zumindest auf der Verliererseite, zur Geisel wird.

Dies muss man auch – besonders in den USA – denen sagen, die der Partei mit dem größeren moralischen Recht die militärischen Mittel an die Hand geben wollen, damit sie ihre Rechte selbst sichern könne. Das wäre nicht nur fahrlässig, sondern würde zu einem absehbaren Verbrechen an der Bevölkerung, der man mit einer Aufrüstung nützen will.

Angesichts der bestehenden Disposition der Menschen, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen, kann man in der Aufbauphase auf die Errichtung eines Protektorats und auf eine Demilitarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verzichten. Das mag für manche der Kosovo-Albaner nicht akzeptabel sein, ist aber für die Rekonstruktion der Gesellschaft absolut notwendig.

Als Deutsche können wir diese Forderungen sehr wohl vertreten, weil wir darauf verweisen können, dass in unserer Geschichte ein solcher Schock notwendig war, um zur Vernunft zu kommen. Auf unsere Gesellschaft und meine individuelle Lebensplanung hat es sich sehr produktiv ausgewirkt, von außen befreit und entmilitarisiert worden zu sein und Zeit zum Nachdenken

zu bekommen. Ohne diese Zeit zum Nachdenken wird es zu keiner politischen Lösung kommen, deshalb ist ein ganz rigoroses und militärisch risikoreiches Mandat erforderlich, das es nicht zum Nulltarif geben wird. Auf wenigstens fünf Jahre ist ein riskanter, massiver militärischer Einsatz notwendig, wenn man das Versprechen der Rückkehrmöglichkeit für die Flüchtlinge wahr machen will.

Reinhold Mokrosch: Welche Rolle können die NATO-Staaten bei Errichtung eines internationalen Protektorats im Kosovo spielen?

Hans Koschnick: Ich bin für ein solches Protektorat, wenn eine vernünftige zivile Führung organisiert wird, die international handlungsfähig ist. Dazu braucht sie eine enge Kooperation mit den Kräften, die die überall andauernden Bürgerkriegsprobleme militärisch beherrscht. Das wird kaum in fünf Jahren möglich sein, wie das Beispiel Zyperns lehrt.

Gleichwohl bleibt die Frage, ob am Ende der Staatsverband bestehen bleiben kann, wie er ist, oder ob die Kosovaren eines Tages ihre Unabhängigkeit verlangen werden, auch wenn der Aufbau einer zivilen Gesellschaft dann schon vorangekommen sein wird. Trotzdem wäre das Protektorat eine Lösung, für die ich mich engagieren könnte. Bei dessen Errichtung müssten sich keineswegs alle NATO-Staaten beteiligen. Ohne die Beteiligung der USA aber würden die Kosovo-Albaner einer gesicherten Rückkehrmöglichkeit nicht vertrauen. Dort werden die Russen, die Ukrainer und andere gebraucht. Für den Frieden in Europa ist aber in jedem Fall besser, mit unseren Geldmitteln im Kosovo Perspektiven zu schaffen, als dort auf Dauer mit dem Knüppel in der Hand zu regieren.

Peter Lock: Ohne Amerika geht in diesem Falle nichts. Weder die westeuropäischen NATO-Streitkräfte noch Russland haben die notwendigen Aufklärungsmittel für eine Friedenstruppe, und die europäischen NATO-Staaten haben es bisher versäumt, sich mit solchen Mitteln zu versehen. Ein europäisches Kontingent ohne Zugang zu den amerikanischen Aufklärungsmitteln in eine solche Mission zu schicken, wäre unverantwortlich. Leider haben Deutschland und andere westeuropäische Staaten nach 1989 ihre Rüstungsfinanzen für Gerät wie den *Eurofighter* zum Fenster herausgeworfen, das in heutigen Problemlagen völlig irrelevant ist.

Reinhold Mokrosch: Ist für diese Region mit ihrer Geschichte ein Protektorat zumutbar?

Peter Lock: Unter den gegebenen Umständen gibt es dazu keine Alternative. Eine bereits jetzt kreierte Kosovo-Staatlichkeit wäre ein gescheiterter Staat

von Beginn an. Er wäre von seiner Ökonomie her dazu verdammt, von der wirtschaftskriminellen Elite beherrscht zu sein, denn die Finanzierung der UČK wird auch bewerkstelligt von Leuten, die diesen Staat als Drehscheibe für den Drogenhandel zwischen Ostasien, Europa und USA nutzen wollen.

Natürlich haben auch die Kosovo-Albaner eine Gesellschaft vor Augen, in der sich individuelle Lebensplanung wieder lohnt, in der junge Menschen eine ökonomische und gesellschaftliche Perspektive haben. Von daher bin ich für die Zukunft optimistisch: In Deutschland äußert sich der Hass unter den hier lebenden Personen aus Serbien und Kosovo wenig gewalttätig, und das Verhältnis entfaltet sich recht friedlich nach den Spielregeln unserer politischen Kultur. Die Perspektiven und Möglichkeiten unserer Gesellschaft individuell zu realisieren, überwiegt. In der Abwägung der Güter optiert man für die Möglichkeiten des eigenen Lebens. Wilde politische Auseinandersetzungen, die das Potential eines politischen Terrorismus auch in Deutschland haben könnten, finden nicht statt. Ich gebe einem Protektorat im Kosovo auch deshalb Chancen, weil in keinem anderen Balkanland ein ähnlich hoher Prozentsatz der Menschen die familiengeschichtliche Erfahrung von Arbeits- und Lebenswelten und politischer Kultur vieler anderer Länder hat. Den Fernsehberichterstatern fällt es leicht, einen jungen Kosovaren in den Flüchtlingslagern auf Deutsch, Französisch oder Englisch zu interviewen. Die meisten der größeren albanischen Familie sind darauf orientiert, Mitglieder der Familie in ertragsstarken ausländischen Ökonomien unterzubringen, ähnlich wie die Palästinenser. Diese Erfahrungen wirken auf die eigene Gesellschaft zurück. Hier ist das Potential einer gewaltfreien politischen Entwicklung, wenn die politischen Rahmenbedingungen international garantiert werden.

Andreas Zumach: Nach den Geschehnissen der letzten sieben Wochen – im Grunde bereits seit Februar letzten Jahres – gibt es zur Errichtung eines Protektorats keine Alternative, schon aus dem zeitlich sehr drängenden Grund, dass etwa 750.000 Menschen, die sich zur Zeit außerhalb des Kosovo aufhalten, und die bis zu 800.000 Menschen, die innerhalb des Kosovo als Vertriebene herumirren, mit Einbruch des Winters wieder im Kosovo sein und in festen Behausungen leben müssen.

Dafür ist eine glaubwürdige militärische Präsenz auf absehbare Zeit notwendig. Milošević muss noch Partner bleiben für die Beendigung dieses Krieges und des Mordens. Aber für den Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft und für den Wiederaufbau des Friedens ist er nicht mehr der Partner. Während der Dauer des mindestens fünfjährigen Protektorats über das Kosovo muss Milošević verschwunden sein und die Demokratisierung in Belgrad beginnen. Ob dann ein unabhängiger Staat oder eine Autonomieregelung für Kosovo vereinbart werden kann, lässt sich erst unter ganz anderen, verbesserten Rahmenbedingungen zwischen Priština und Belgrad klären.